

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition:
Berlin,
Alte Jakobstraße Nr. 67.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12½ Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. sächs., fl. 1. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. **Inserate** (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonieen und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Vortrag

„Der Socialismus und das Privateigenthum am Grund und Boden.“

(Schluß.)

M. H.! Ich kann diesen Vortrag nicht schließen, ohne noch mit einigen Worten auf einen Vorwurf einzugehen, den man Lassalle in Betreff der ländlichen Arbeiter gemacht hat. Es ist ihm vorgeworfen worden: er wolle nur den industriellen, nicht auch den ländlichen Arbeitern helfen.

M. H.! Für uns, die wir die Ideen Lassalle's kennen, ist klar, daß diese Behauptung, wie so viele andere, nichts weiter ist, als ein Erzeugniß des Bourgeoischaffes gegen die social-demokratische Bewegung: eine böswillige Verdächtigung gegen Lassalle. Allein für diejenigen, welche weniger in der Sache zu Hause sind, sei jener Vorwurf mit einigen Worten widerlegt.

Lassalle selbst hat in dieser Beziehung im „Arbeiterlesebuch“ Folgendes gesagt:

„Hätte ich verlangt, daß mit einem Male, mit einem Schläge, allen Menschen geholfen werden solle, so hätte man mir zugerufen: der Unsinnige, der Rasende! er will durch Staatsdecrete Allen helfen auf einmal! Und da hätte man Recht gehabt. Jetzt, wo ich eine allmähliche, eine für Alle bestimmte, aber allmähliche Hilfe verlange, ruft man: die Landbevölkerung — er will der Landbevölkerung nicht helfen, und nur den industriellen Arbeitern! Sie sehen, meine Herren, das ist nicht wahr; die Landbevölkerung wie die industriellen Arbeiter, die ländlichen Arbeiter wie die Fabrik- oder Handwerks-Arbeiter, und ebenso diejenigen, welche qualificirte Arbeit aller Art verrichten, also auch die kleine Bourgeoisie der großen gegenüber, alle sollen durch die Association und ihre Wirkungen in eine andere Lage versetzt werden. Aber wenn ein Heer sich in Marsch setzt, so geschieht dieß nicht auf einem Fleck und mit einem Mal, sondern die Vorhut marschirt voran, und aus zehntausend Gründen, die ich hier nicht weiter entwickeln kann, sind die industriellen Arbeiter die Vorhut der Menschheit!“

Nach dem hier Gesagten reducirt sich jener Vorwurf darauf, daß Lassalle aus Gründen, die größtentheils im Zusammenhange der productionellen Bewegung liegen, den Anfang allerdings bei den industriellen Arbeitern gemacht wissen wollte; daß aber der Zielpunkt sich auf Alle erstreckt.

Hierbei ist jedoch zu beachten, m. H., daß Lassalle den Fall im Auge hatte, daß die sociale Umänderung auf friedlichem Wege angebahnt werden könne. Und nur diesen Fall kann man bei jeder Agitation ins Auge fassen, da eine auf gewaltsamen Umsturz gerichtete Agitation, auch wenn man eine solche an sich vorziehen sollte, einfach nicht geduldet werden würde. Doch läßt sich so viel sagen, daß wenn, was ja Niemand von

vornherein wird für unmöglich erklären wollen, ein gewaltsamer Umsturz des Bestehenden durch eine sociale Revolution erfolgen sollte, kein Grund mehr vorliegen könnte, die reformatorische Arbeit bei einem einzelnen Theil der Arbeiterklasse, den industriellen Arbeitern, zu beginnen, sondern daß man dann die gesammte Production gleichzeitig auf allen Punkten auf neuen Grundlagen zu errichten vermöchte. Aber, wie gesagt, diesen Gang der Dinge kann man bei einer friedlichen und gesetzlichen Agitation nicht ins Auge fassen; unter der nothwendigen Voraussetzung einer friedlichen Anbahnung der socialen Umänderung aber muß der Anfang auf einem bestimmten Punkte der Production gemacht werden und dieser Punkt kann in Gemäßheit der obwaltenden Verhältnisse nur die industrielle Großproduction sein.

M. H. Man hat gefragt: ob denn die Lage der ländlichen Arbeiter dieselbe sei, wie die der industriellen; ob insbesondere auch sie von jenem „ehernen Lohngezepe“ betroffen würden.

Man muß sich in Verantwortung dieser Frage klar machen, daß der ländliche Bodenbetrieb bei uns noch nicht überall von den modernen (bürgerlichen) Productionsverhältnissen erfasst ist; allein überall, wo dies der Fall ist — und selbstverständlich geht der Zug der Zeit dahin, die bürgerliche Produktionsweise allein herrschend zu machen — da ist der ländliche Arbeiter materiell in derselben Lage, wie der industrielle. Für den Lohnarbeiter als solchen ist es gleichgültig, was und in welcher technischen Weise producirt wird; er bekommt seine bestimmte Beschäftigung bei der Production vom Lohnherrn angewiesen und erhält dafür so viel Lohn, daß er gerade leben kann. In materieller Beziehung steht also der bürgerliche Arbeiter ebenso wie der industrielle. Aber er steht hinter diesem noch zurück, insofern den industriellen Arbeitern, als meist in Städten, sogar großen Städten lebend, mehr Gelegenheit geboten ist, zum Bewußtsein über ihre Klassenlage zu kommen. Daher haben auch die industriellen Arbeiter den Beruf und die Pflicht, nicht nur für sich selbst, sondern auch für ihre Brüder, die ländlichen Arbeiter, Bahn zu brechen.

M. H. Ich bin zu Ende mit meinem Vortrag und hebe kurz das Hauptergebniß desselben hervor: Innerhalb der modernen Production findet statt eine allgemeine Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital.

Innerhalb dieser Production findet weiter statt eine Ausbeutung der Gesamtheit durch den Grundbesitz (Bodenrente).

Diese zweite Ausbeutung kann nur wegfallen zugleich mit der ersten: wenn nemlich die socialistische Produktionsweise (wonach wie das Kapital so auch der Grund und Boden nur Mittel der Arbeit ist) herrschend geworden.

Wenn man aber Lassalle vorzuwerfen gewagt, er wolle nur den industriellen, nicht auch den länd-

lichen Arbeitern helfen, so halte man dieser böswilligen Verdächtigung entgegen: daß Lassalle zwar vorgeschlagen, im Gebiete der Großindustrie den Anfang zur Lösung der socialen Frage zu machen, daß aber im weiteren Voranschreiten der Entwicklung, und zwar möglichst bald, auch die ländliche Production in die Segnungen des neuen Zustandes hineingezogen werden soll. Unsere Sache ist eine Sache für Alle und nur in diesem Sinne, nur im Geiste der Brüderlichkeit unter Allen, können wir beginnen und voranschreiten. —

Politischer Theil.

Rundschau.

Berlin, 8. September.

Der Zauber, der für die gesammte Bevölkerung Deutschlands in dem Worte „Parlament“ liegt und der selbst in dem Project eines Parlamentes des norddeutschen Bundes Nahrung finden konnte, fängt an, sich beträchtlich abzukühlen. Die Frage der Redefreiheit und der Diäten, welche man als unzertrennlich von der Parlamentsidee betrachtet, hat erklättend auf die daran geknüpften Hoffnungen selbst der vertrauensvollsten Sanguiniker eingewirkt. Vorläufig ist keine Aussicht vorhanden, daß das norddeutsche Parlament vor dem Frühjahr einberufen wird. — In Württemberg soll der letzte Krieg die Nothwendigkeit einer gänzlichen Umgestaltung des Heerwesens dargethan haben. Die Reorganisation ist nach preussischem Muster, auf den drei Factoren: der Linie, Reserve und Landwehr, in Aussicht genommen. — In dem Gemeinderathe zu Klagenfurt ist, wie die „Wiener Presse“ berichtet, die Abfassung einer Adresse an den Kaiser von Oesterreich wegen baldiger Wiederherstellung der Verfassung beschloffen worden. Von den dreizehn anwesenden Gemeinderäthen (sechs fehlten) wurde dieser Antrag einstimmig angenommen. Außerdem soll der Adress-Entwurf allen Vertretungskörpern in Kärnthén zur Unterschrift vorgelegt werden. Es ist zu wünschen, daß diese Adresse gnädiger wird aufgenommen werden als diejenige des Wiener Gemeinderaths nach der Schlacht bei Königgrätz, welcher ebenfalls um innere Reformen petitionirte. — In Prag herrscht in Folge der Noth und Arbeitslosigkeit große Erregung unter den Arbeitern, die nur mit Mühe niedergehalten wird und nur auf Gelegenheiten wartet, um sich Luft zu machen. Von preussischer Seite, wie von dem Bürgermeister sind Vorkehrungen getroffen, um Excessen sofort energisch entgegen zu treten.

Die Friedensverhandlungen zwischen Italien und Oesterreich gestalten sich nicht so glatt, als man Anfangs hoffte, doch ist der Grund weniger in etwa hervorretenden Differenzen, als in der Menge des zu bewältigenden Materials zu suchen. — Die letzte Volkszählung in Italien hat circa 23 Mil-

tionen Einwohner ergeben. Mit Venetien erhält es einen Zuwachs von 2,493,475 Einwohnern.

Aus Paris wird bestätigt, daß Drouyn de Lhuys fast ausschließlich wegen seiner deutschen Politik zu seiner Demission veranlaßt wurde. In Constantinopel will die französische Regierung, insofern es sich um Candia handelt, sich vor der Hand darauf beschränken, verständliche Maßregeln anzurathen. Es scheint, daß man es gern sehen würde, wenn das Jahr 1867 ohne weitere Störungen vorüberginge. Doch verabsäumt man einzuweisen nichts, um die französische Armee so furchtbar als möglich zu machen. Es sollen Maßregeln getroffen sein, das Hinterladungsgewehr Chassepots, mit dem in einer Minute sieben Mal geschossen wird, in kurzer Zeit in der ganzen französischen Armee einzuführen. Der größte Theil wird in St. Etienne fabricirt; man wird jedoch andere Fabriken anlegen, um die Anfertigung zu beschleunigen.

Deutschland.

Berlin, 8. Septbr. [Abgeordnetenhaus.] In der 14. Sitzung am 6. September wurden die Abgeordneten v. Jordanbeck als erster Präsident, Stavenhagen als Vice-Präsident, v. Bonin als zweiter Vice-Präsident für die weitere Dauer der Session vom Hause bestätigt. Bei den folgenden Wahlprüfungen wurde die Wahl des Abgeordneten v. Eide (Wahlbezirk Brieg-Dhlan) cassirt.

In der 15. Sitzung am 7. September stand der Gesetz-Entwurf, betreffend die Vereinigung des Königreichs Hannover, des Kurfürstenthums Hessen, des Herzogthums Nassau und der freien Stadt Frankfurt mit der preussischen Monarchie auf der Tagesordnung.

Der Präsident zeigt an, daß in Bezug auf die heutige Debatte ein Protest gegen die Einverleibung Hannovers in Preußen eingegangen ist, der nach der Signatur von 52,988 Hannoveranern unterschrieben ist. Die einen Band fallenden Unterschriften liegen auf dem Bureau des Hauses aus. — Darauf tritt das Haus in die Tages-Ordnung. Der Gesetz-Entwurf in der Fassung der Commission, welcher die preussische Regierung ihre Zustimmung gegeben, lautet:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen etc. verordnen unter Zustimmung beider Häuser des Landtages was folgt: §. 1. Das Königreich Hannover, das Kurfürstenthum Hessen, das Großherzogthum Nassau und die freie Stadt Frankfurt in Gemäßheit des Artikels 2 der Verfassungs-Urkunde für den Preussischen Staat mit der Preussischen Monarchie für immer vereinigt. §. 2. Die Preussische Verfassung tritt in diesen Landestheilen am 1. October 1867 in Kraft. Die zu diesem Behufe notwendigen Aenderungs-, Zusatz- und Ausführungs-Bestimmungen werden durch besondere Gesetze festgestellt. §. 3. Das Staatsministerium wird mit der Ausführung des gegenwärtigen Gesetzes beauftragt. Unkündlich unter Unserer Höchstsignatur und Unterschrift und beigedrucktem königl. Insignel. Gegeben etc.

Vor dem Eintritt in die Discussion nimmt zunächst das Wort Berichterstatter Abg. Kanngießer: Es ist nicht statthaft, in Epochen großer politischer Verwicklungen und Actionen romantisch-legitimistischen Neigungen nachzuhängen, oder particularistische Strömungen schwächlich zu begünstigen. Wo daher das Völkerrrecht und die politische Nothwendigkeit Preußen zur Seite stand, da hat Ihre Commission unbedeutend und auf die Gefahr der Beschuldigung rücksichtslos und rechtswidriger Vergewaltigung jener Länder die gebotene staatsrechtliche Sägung klar und unverhohlen ausgesprochen. Wo es aber an jener politischen Nothwendigkeit fehlte, da ist sie, ich möchte sagen, ängstlich besorgt gewesen, die Eigenthümlichkeiten jener Länder, die wir mit uns vereinigen wollen, Eigenthümlichkeiten, wie sie in dem Rechtsbewußtsein derselben leben, nicht mit kurzer Hand zu beiseite zu räumen, sondern die Erhaltung derselben zu wahren und ihre provinzielle Selbstständigkeit und Selbstverwaltung ihnen offen zu halten. Meine Herren! Ich befinde mich in der angenehmen Lage, dem Bericht Ihrer Commission noch eine Anerkennungserklärung der Commissionsvorlage hinzuzufügen zu dürfen, welche von den in Kassel anwesenden Mitgliedern der Kurhessischen Ständeversammlung ausgegangen ist und mir gestern von einem der hier anwesend gewesenen Mitglieder der Deputation der Stadt Kassel zur geeigneten Mittheilung an das hohe Haus überreicht worden ist. (Redner verliest die Adresse.) Die Namen der Unterzeichneten lauten: Nebelthau, Dr. Garnier, Denkel, Braun, Hupfeld, Dr. Weigel, Dr. R. Dettler, Zuschlag, Dr. Denhardt, Dr. Wippermann, Wiegard, v. Bischoffshausen, Dürr.

Der Präsident eröffnet die General-Discussion. Es sind verschiedene Amendements eingegangen.

Es nimmt zunächst das Wort gegen den Gesetz-Entwurf der Abg. Hartort: Meine Herren! Was das Schwert erworden, muß das Schwert erhalten, und wir müssen nach wie vor gegen Ost und West gerüstet bleiben. Es werden also die gehofften Erleichterungen in der Militärlast für lange Zeit nicht eintreten. (Hört! Hört!) Das Glück hat für unsere Waffen entschieden und wir müssen allerdings den Erfolg als im Interesse Preußens anerkennen. Aber was bieten wir denn nun eigentlich den Neueintretenden? Ein einiges Deutschland? Nein, die Mainlinie und 1/2 Millionen stehen noch jenseits, ohne die österreichischen Deutschen zu rechnen. Wir bieten ein vergrößertes Preußen im Bunde mit einigen Kleinstaaten. Welches Recht bieten wir ihnen? Vorläufig nur das Recht der Eroberung, ein Jahr Rechtslosigkeit und die Dicator. Und sehe ich auf die Verwaltung Schleswig-Holsteins, so ist das eben kein beneidenswerther Zustand (Zustimmung links). Frankfurt scheint mir ein Nothdilemma auf den preussischen Ehrenschilde (Oh! Oh! rechts) nach der Behandlung dieser Stadt. Es soll nicht gesagt werden, daß in diesem Hause sich keine Stimme für die vielgeschmähte Stadt erhoben habe (sehr gut! links). Kaiser Liberius sagte schon: Ein guter Schäfer scheert die Schafe, aber er verläßt sie nicht. Wir sind auf dem ungetehrten Wege. Wir hätten die Eintretenden wenigstens auf Grund des Tit. 2 der preussischen Verfassung einverleiben, d. h. ihnen die Rechte der Preußen geben sollen, denn die Zeit ist vorüber, wo die Völker damit zufrieden sind, mundtot behandelt zu werden.

Abg. v. Kirchmann: Nach der Ansicht der Commission ist die wirkliche Gefahr des Uebergangsstadiums nicht so groß, da die privatrechtlichen Eigenthümlichkeiten jener Länder nach allen völkerrechtlichen Bestimmungen unterdrückt bleiben. Jene Länder streben sich, weil sie das Beispiel einer Regierung vor sich haben, die vier Jahre lang gegen die Majorität der gewählten Landesvertretung regiert, in der härtesten Weise die Gesetze angelegt hat und gegen Beamte und Korporationen in einer Weise vorgeschritten ist, welche in keiner Weise mit den Wünschen des Landes übereinstimmt. Wenn aber die Regierung, wie wir nach den Aeußerungen des Ministerpräsidenten und des Ministers des Innern erwarten dürfen, den Wünschen des Landes nachkommt, welche die Selbstständigkeit der Korporation, die Unabhängigkeit der Beamten achten will, dann bin ich überzeugt, werden jene Länder bereit sein, sich vollständig zu vereinigen.

Den kleinen Staaten, die mit uns an dem Kriege Theil nehmen wollten, haben wir viel zu voreilig ihren Territorialbestand zugesichert, deren Hälfte sehr unbedeutend war und meist erst nach gefallener Entscheidung eintraf. Im Interesse der Einheit Deutschlands ist das sehr zu beklagen und für Preußens Macht wäre es gewiß besser, wenn ganz Norddeutschland, einschließlich Sachsens, hätte zu einem preussischen Staate erhoben werden können. Der Norddeutsche Bundesstaat, mit dem man uns darüber tröste, erscheint immer mehr als ein höchst bedenkliches Unternehmen. Er stellt sich mehr als die Karrikatur eines Bundesstaates dar, denn wenn in einem solchen der eine Staat beinahe 21, der andere aber nur 5 Millionen hat, so ist die Majorität von vorn herein stets auf der einen Seite. Der Norddeutsche Bundesstaat ist also nur ein Schein, und nichts kann nachtheiliger sein für parlamentarische Institutionen, als ein Parlament eines solchen Schein-Bundesstaates. Für unsere Freiheit und für unsere eigene Landesvertretung wird ein solches Norddeutsches Parlament mit den größten Nachtheilen verknüpft sein. Im Grunde genommen werden dieses Norddeutsche Parlament und unser Landtag nun zwei Preussische Landesvertretungen sein, die in Collision mit einander gerathen müssen.

Abg. Gneist: Die hier beabsichtigten Maßregeln haben wenig gemeinsam mit den Annexionsbestrebungen im Westen Europa's. Die Einheit, welche wir erstreben, ist von sehr altem Datum: eine deutsche Reichseinheit nach außen, neben der Selbstständigkeit der einzelnen Glieder nach innen. Aber das völkerrechtliche Eroberungsrecht ist für die inneren Verhältnisse Deutschlands unanwendbar. Die deutschen Länder sind keine Domänen, welche man bedingungslos an sich reißt; ihre Verfassungen sind keine Dienstordnungen, die der Lehnsherr giebt und der Nachbar ändert. Unser Krieg ist auch nicht gegen die Völker, sondern gegen die Dynastien geführt; die Völker können nicht schlechter behandelt werden, als die Stämme, deren Herrscher ein lazes neutrales Verhältnis erhalten haben. Eine preussische Regierung, die sich gegen Hannover und Nassau auf den Standpunkt einer völkerrechtlichen Eroberung stellt, erklärt den Rheinbund für die Vergangenheit und für die Zukunft für rechtmäßig, legalisirt die Einmischung des Auslandes. Bei einem einfachen dynastischen Erwerb kann es darum Preußen nicht bedauern lassen und es wird von der Personal- zu der Realunion übergehen müssen; es wird vor allem die preussische Verfassung sofort eingeführt werden müssen. Man kann den Commissionsvorschlägen

bestimmen, aber ich halte es für wichtig, ausdrücklich auszusprechen, daß damit das Recht der Eroberung nicht anerkannt wird; die Verfassungen jener Länder bestehen fort, soweit sie nicht mit der preussischen in Widerspruch stehen. Nach denselben Grundsätzen verfährt die Commission in §. 1 und §. 2, ich werde also eventuell für die Gesetzartikel stimmen.

Abg. Dr. Waldeck: Es liegen uns zwei Amendements vor; das eine (Michelis) will, daß die Stände der annectirten Länder erst befragt werden. Die Folge davon würde sein, daß, wenn diese Nein sagen, auch die Geschichte der letzten Monate gestrichen werden müßte. Das andere verlangt ein Fortbestehen der alten Einrichtungen. Die Kleinstaaterie ist stets der Krebs Deutschlands gewesen und stets war es ein Heil, wenn eins dieser Häuser, sei es auch durch Revolution (Heiterkeit rechts), fortgeschwemmt wurde. Alle Vorschläge zu einer Einigung Deutschlands, von der Union bis zum letzten Reformvorschlag, haben sie stets zurückgewiesen. Wie können sie sich also jetzt beklagen über ein Schicksal, das für die Einheit ein Segen ist? Hat der General v. Beyer nicht Recht, wenn er in seiner Proclamation erklärte, der Kurfürst von Hessen habe durch die Art und Weise, wie er mit seinem Lande umgegangen, das Recht zur Regierung vollständig verloren? (Bravo!) — Wir haben die Mission, die Einheit Deutschlands herzustellen, es wird hier wieder vereinigt, was von Karl dem Großen vereinigt war. (Bravo!) Nun, meine Herren, diese Leute wollen von Ihren Verfassungen und sonstigen Dingen sprechen! (Heiterkeit.) Ich rathe Ihnen dringend, das Gesetz so anzunehmen, wie es die Commission hergeschickt hat, ich halte es für ein gutes Stück Arbeit. (Allseitiger Beifall.)

Abg. Dr. Löwe vertheidigt ein von ihm gestelltes Amendement, welches die Einrichtungen in den einzuverleibenden Ländern so viel als möglich geschont wissen will.

Schließlich wird §. 1 mit großer Majorität genehmigt. Dagegen einige Katholiken, Dr. Jacoby und Dunder. Das Amendement Löwe zu §. 2 wird abgelehnt, §. 2 selbst wie §. 1 angenommen. Ebenso wird §. 3 angenommen, nur daß „unter Zustimmung“ mit Zustimmung gesetzt wird. Bei der namentlichen Abstimmung über den ganzen Entwurf stimmten dafür 273, dagegen 14 Abgeordnete und 16, die Polen, enthalten sich der Abstimmung. Dagegen waren Bresden, Caspers, Claassen-Kappelman, Dunder, Erling, Dr. Kühling, Godel, Groote, Dr. Jacoby, Dr. Krebs, Dr. Michelis, Räder, Nassau, Zumbühl.

Referent Abg. Kanngießer theilt mit, daß noch zwei Petitionen eingegangen sind; die eine aus Hannover, und zwar von der Ritterschaft, die sich gegen die Einverleibung erklärt, sei durch Annahme des hiesigen Gesetzes als erledigt zu betrachten; eine andere aus Frankfurt erklärt sich nicht gegen die Annexion, wünscht aber, daß vorher die Frankfurt auferlegte Contribution erlassen werde. Referent will letztere der Petitions-Commission überwiesen wissen.

Von anderer Seite wird der Antrag gestellt, über dieselbe zur Tagesordnung überzugehen.

Ministerpräsident v. Bismarck: Zur Unterstützung des eben gestellten Antrages will ich nur anführen, daß ich schon vor Wochen, als ich das erste Mal Gelegenheit hatte, mit dem Vertreter Frankfurts in Unterhandlung zu treten, demselben bestimmt erklärt habe, daß von preussischen Unterthanen keine Contribution erhoben werden. (Bravo!)

Abg. Graf Bethusy-Huc nimmt hierbei Veranlassung, gegen die Ausführungen des Abg. Wagener entschiedenen Protest einzulegen. (Bravo.) Er werde noch Gelegenheit haben, seinen Standpunkt, der von dem des Abg. Wagener in dieser Angelegenheit ganz verschieden sei, darzulegen. — Die Petition wird hierauf durch Tagesordnung erledigt.

Ministerpräsident v. Bismarck: Auf Grund einer allerhöchsten Ermächtigung vom S. d. M. bin ich beauftragt, einen dem soeben angenommenen ähnlichen Gesetz-Entwurf, betreffend die Einverleibung der Herzogthümer Schleswig-Holstein in die preussische Monarchie, dem hohen Hause vorzulegen. Ich erlaube mir zuerst die Ermächtigung zu verlesen. (Dies geschieht.) Das Gesetz selbst, über dessen Inhalt ich mir nachher einige erläuternde Bemerkungen gestatten werde, lautet: (Redner verliest das Gesetz.) Die königliche Staatsregierung war nicht in der Lage, dieß Gesetz zugleich mit dem eben beabsichtigten einzubringen, da sie zuvor die Ratification des Friedens mit Oesterreich abwarten mußte. Sie darf sich aber der Hoffnung hingeben, daß die Principien, nach denen auch dieß Gesetz zu beurtheilen sein wird, durch die Verhandlungen über die so eben angenommene Vorlage sich hinlänglich festgesetzt haben werden, um eine kürzere Behandlungsweise möglich zu machen. Was den Vorbehalt eines an Oldenburg abzutretenden Gebiets-theils betrifft, so erlaube ich mir dazu zu bemerken, daß die königliche Regierung im Begriff ist, mit dem Großherzogthum Oldenburg einen Vertrag abzuschließen, der zunächst die unbedingte Anerkennung des Bestandes des Reiches des Königs in den Herzogthümern Schles-